Handelsblatt

EU-EXPERTE BRUSIS IM INTERVIEW exklusiv

"Ungarn beschädigt die Glaubwürdigkeit der Präsidentschaft"

von: Gero Brandenburg
Datum: 06.01.2011 14:57 Uhr

Der EU-Ratsvorsitz der Ungarn seit dem 1. Januar 2011 steht unter keinem guten Stern. Das restriktive Mediengesetz der Regierung von Viktor Orban wird scharf kritisiert. EU-Kommissionspräsident Barroso will am Freitag in Budapest verhandeln. Der EU-Experte Martin Brusis, Politikwissenschaftler an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, sagt, wie Europa Druck auf Orban ausüben kann.



Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban: Schlechter Start als EU-Ratspräsident(Foto: dpa)

Handelsblatt: Herr Brusis, die rechtskonservative Regierung unter Viktor Orban sorgt mit ihrem Mediengesetz für Empörung. Ist Ungarn als EU-Ratspräsident akzeptabel?

Martin Brusis: Nein, derzeit nur schwerlich. Für die EU liegt das Problem vor allem darin, dass diese und andere Maßnahmen - etwa die Untergrabung der Unabhängigkeit von Zentralbank und Verfassungsgericht - die Glaubwürdigkeit der Präsidentschaft beschädigen. Es stellt

sich die Frage, wie ein ungarischer Ministerpräsident die Länder des westlichen Balkans und Osteuropas im Namen der EU noch auf rechtsstaatliche Prinzipien verpflichten kann, wenn er die Kontrollmechanismen in seiner eigenen Verfassungsordnung demontiert.

Inwiefern kann die EU auf Ungarn Druck ausüben?

Die EU-Mitgliedstaaten könnten der ungarischen Regierung drohen, ihr die Ratspräsidentschaft zu entziehen, wenn sie die Medienfreiheit nicht respektiert. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die EU versuchen wird, die Rolle der Präsidentschaft einzuschränken, heikle Verhandlungsfunktionen auf die Kommission oder die Außenbeauftragte zu übertragen und repräsentative Veranstaltungen wie etwa den geplanten Gipfel zur östlichen Partnerschaft auf die zweite Jahreshälfte 2011 zu verschieben. Im Europäischen Parlament scheint eine Mehrheit der Abgeordneten das Mediengesetz als Verstoß gegen EU-Prinzipien einzustufen und könnte nicht nur anlässlich der Orbán-Rede im Parlament am 19. Januar eine entsprechende Resolution verfassen, sondern auch Prestigeprojekte der ungarischen Präsidentschaft - etwa die EU-Strategie für den Donauraum - blockieren.

1 von 3

Wäre ein Entzug der Ratspräsidentschaft praktisch umsetzbar?

Der Europäische Rat müsste darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Die Verhandlungsund Repräsentativfunktionen der Ratspräsidentschaft könnten möglicherweise durch Belgien und Spanien übernommen werden, die gemeinsam mit Ungarn eine Teampräsidentschaft gebildet haben. Oder der Europäische Rat entscheidet sich dafür, seinem Präsidenten Herman van Rompuy, der Außenbeauftragten Catherine Ashton und der Kommission mit José Manuel Barroso an der Spitze eine größere Rolle einzuräumen.

Kann die Diskussion die EU lähmen?

Nicht direkt, denn mit dem Vertrag von Lissabon hat die EU die Führung des Europäischen Rates und des Außenminister-Rates an einen gewählten Präsidenten und eine Außenbeauftragte übertragen. Damit verlor die Ratspräsidentschaft an Bedeutung, und ein konfliktbeladenes Präsidentschaftsland kann die EU-Governance heute weniger als früher lähmen. Für die Legitimität der EU als Staatenbund nach innen ist die Ratspräsidentschaft aber noch immer wichtig. Sie symbolisiert die Gleichrangigkeit aller Mitgliedstaaten und die nationale Vielfalt in der EU.



Dr. Martin Brusis ist EU-Experte und Politologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München(Foto: Pressebild)

Muss sich die Außenbeauftragte Catherine Ashton nicht mehr engagieren?

Ashton ist in dieser EU-internen Frage sicherlich nicht die zentrale Akteurin. EU-Kommissarin Neelie Kroes und vor allem Barroso, der jetzt in Budapest weilt, bringen sich stärker ein. Generell ist Ashton kaum sichtbar, aber das qualifiziert sie möglicherweise besonders für alle "low politics"-Themen der EU-Außenbeziehungen, für die wichtige Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und für eine Koexistenz mit den mehr öffentliche

Aufmerksamkeit beanspruchenden Außenministern der Mitgliedstaaten.

Zu den Problemen in der Euro-Zone kommen die Querelen mit Ungarn. Und: Nicht nur Island, Kroatien und die Türkei, auch Länder wie Montenegro und Mazedonien klopfen an die Tür zur EU. Verkraftet die Gemeinschaft das noch?

Die Probleme Südosteuropas - Armut, Unterentwicklung, organisiertes Verbrechen, ethnopolitische Konflikte - sind mit oder ohne Südosterweiterung auch die Probleme der EU, etwa in Form von Migranten oder militärisch-polizeilicher Engagements. Nur eine langfristige, aber auch glaubwürdige Beitrittsperspektive kann die Region dauerhaft stabilisieren. Um die Handlungsfähigkeit einer noch größeren EU zu erhalten, bietet der Lissabon-Vertrag im Prinzip geeignete institutionelle Optionen wie etwa die doppelte Mehrheit als Regelentscheidungsverfahren im Rat oder die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Gruppen von Mitgliedstaaten.

Vor dem Hintergrund der Euro-Kise gab es viel Kritik an der dominierenden EU-Achse Berlin-Paris.

Mit dem deutsch-französischen Kompromiss zur Reform des Stabilitätspaktes im Oktober haben Kanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy ihren Führungsanspruch innerhalb der EU unterstrichen. Die Kritik an der Aushebelung EU-weiter Entscheidungsprozesse ist zwar berechtigt, andererseits muss man anerkennen, dass Deutschland und Frankreich die Hauptlasten der

2 von 3

Stabilisierung verschuldeter Eurozonenländer tragen müssen. Eine Alternative zur Achse Berlin-Paris dürfte erst in dem Maße möglich sein, wie sich die Eurozonenländer auf eine gemeinsame Wirtschaftsregierung verständigen.

Kann die EU ohne eine solche gemeinsame Wirtschaftsregierung auf Dauer bestehen?

Nein, langfristig geht dies nur, wenn eine Wirtschaftsregierung aufgebaut wird. Das Grundproblem unverantwortlichen Verhaltens einzelner Mitgliedstaaten, dem "moral hazard", innerhalb der Eurozone lässt sich nur lösen, wenn Kontroll-, Sanktions- und Transferinstrumente geschaffen werden, die übermäßig verschuldete Staaten zu einer ausgeglichenen Haushaltsführung zwingen und ihnen zugleich ermöglichen, ihre ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern sowie die sozialen Kosten von Haushaltskürzungen zu kompensieren.

© 2014 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min. Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben.

3 von 3